
Hamburgisches Justizverwaltungsblatt

- HmbJVBI -

92. – 93. Jahrgang

2018 - 2019

Herausgegeben von der Justizbehörde Hamburg

Inhaltsverzeichnis

I. Zeitliche Übersicht	II
Allgemeine Verfügungen	II
Bekanntmachungen	IV
Rechtsprechung	V
II. Sachverzeichnis	VI

I. Zeitliche Übersicht

Allgemeine Verfügungen

Datum		Seite
27.07.17	Lockerungen (§ 12 HmbStVollzG, § 12 HmbJStVollzG)	2018, 51
27.07.17	Unterbringung im offenen Vollzug (§ 11 HmbStVollzG, § 11 HmbJStVollzG)	2018, 65
13.11.17	Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)	2018, 2
13.11.17	Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)	2018, 2
16.11.17	Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit in der Freien und Hansestadt Hamburg (AktO-ArbG)	2018, 2
16.11.17	Aktenordnung der Finanzgerichtsbarkeit in der Freien und Hansestadt Hamburg (AktO-FG)	2018, 17
17.11.17	Durchführungsbestimmungen zum Gerichtsvollzieherkostengesetz (DB-GvKostG)	2018, 28
30.11.17	Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)	2018, 28
30.11.17	Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik)	2018, 28
07.12.17	Nutzung des Internets im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung - Änderung der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung der Justizbehörde und der Behörde für Inneres und Sport	2018, 29
19.12.17	Aktenordnung mit ergänzenden Vorschriften Anweisungen für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften	2018, 29

Datum		Seite
19.12.17	Aktenordnung für die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Freien und Hansestadt Hamburg (AktO-VG)	2018, 33
16.01.18	Elektronischer Rechtsverkehr	2018, 76
23.08.18	Vollstreckungsplan (§ 112 HmbStVollzG, § 108 HmbJStVollzG, § 96 HmbUVVollzG, § 90 HmbSVVollzG, § 48 HmbJAVollzG, § 22 StVollstrO)	2018, 79
11.09.18	Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	2018, 93
27.09.18	Auskunft aus den Gefangenen-Personalakten und Gesundheitsakten an Gefangene und Untergebrachte und deren Bevollmächtigte (§ 32 HmbJVollzDSG)	2018, 95
27.09.18	Auskunftserteilung über Gefangene und Untergebrachte (§§ 10 bis 14 HmbJVollzDSG)	2018, 96
27.09.18	Datenübermittlung und Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke (§ 19 HmbJVollzDSG)	2018, 100
12.10.18	Führung der Personalstatistik der Fachgerichte	2018, 100
23.10.18	Verlegung, Überstellung, Ausantwortung (§ 9 HmbStVollzG, § 9 HmbJStVollzG, § 8 HmbUVollzG, § 12 HmbSVollzG)	2018, 100
07.11.18	Vollstreckungsplan (§ 112 HmbStVollzG, § 108 HmbJStVollzG, § 96 HmbUVollzG, § 98 HmbSVVollzG, § 48 HmbJAVollzG, § 22 StVollstrO)	2018, 101
08.11.18	Änderung der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)	2018, 112
03.12.18	Übertragung der Zuständigkeit für die Aufsicht auf dem Gebiet des Geldwäschegesetzes	2019, 1
06.12.18	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA) und Gerichtsvollzieherordnung (GVO)	2019, 2
06.12.18	Nutzung des Internets im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung - Änderung der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung der Justizbehörde und der Behörde für Inneres und Sport	2019, 13
17.12.18	Ausübung des Hausrechts in den Justizgebäuden und den Anmietungen	2019, 13
19.12.18	Vollzugsgeschäftsordnung (VGO)	2019, 15
07.01.19	Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)	2019, 45
22.01.19	Bezeichnung des Anwaltsgerichtshofs	2019, 46
22.01.19	Hamburgische Zusatzbestimmungen zur Kostenverfügung (KostVfG)	2019, 46
21.03.19	Unterbringung im offenen Vollzug (§ 11 HmbStVollzG, § 11 HmbJStVollzG)	2019, 99

Datum		Seite
26.03.19	Lockerungen (§ 12 HmbStVollzG, § 12 HmbJStVollzG, § 13 HmbSVVollzG)	2019, 85
27.03.19	Gemeinsame Annahmestelle für das Landgericht Hamburg, das Amtsgericht Hamburg und weitere Behörden sowie Benutzung des Gerichtsbriefkastens für eilige Spätsendungen am Haupteingang des Ziviljustizgebäudes Gemeinsame Annahmestelle und Gerichtsbriefkasten für eilige Spätsendungen beim Haus der Gerichte Annahme von Schriftstücken für das Gemeinsame Mahngericht der Länder Hamburg und Mecklenburg- Vorpommern	2019, 53
17.04.19	Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)	2019, 60
23.04.19	Aktenordnung mit ergänzenden Vorschriften Anweisungen für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften	2019, 61
04.07.19	Verwendung von Freistempelmaschinen zur Entrichtung von Gerichtskosten	2019, 91
20.08.19	Ausführungsvorschriften zum Hinterlegungsgesetz	2019, 96
20.08.19	Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) / Sondervorschriften für Hamburg	2019, 101
27.08.19	Bestimmung der Zahl der Kammern des Landesarbeitsgerichts Hamburg	2019, 96
08.10.19	Anordnung über die Zählkartenerhebung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	2019, 101
23.10.19	Anordnung über die Zählkartenerhebung in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	2019, 102
14.11.19	Anordnung über die Zählkartenerhebung in der Sozialgerichtsbarkeit (SozG-Statistik)	2019, 102

Bekanntmachungen

13.09.18	Stellenausschreibung	2018, 91
18.02.19	Stellenausschreibung	2019, 47
18.02.19	Geschäftsordnung des Anwaltsgerichtshofs der Freien und Hansestadt Hamburg	2019, 47
18.02.19	Geschäftsordnung des Hamburgischen Anwaltsgerichts	2019, 54
26.04.19	Stellenausschreibung	2019, 57
28.06.19	Neuer Vorstand der Hamburgischen Notarkammer	2019, 96

Rechtsprechung

2019

1. Hat das Hamburgische Verfassungsgericht gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 2 VAbstG darüber zu entscheiden, ob die Überarbeitung eines Gesetzentwurfs, der den Gegenstand einer Volksinitiative gebildet hat, die Grenzen einer gemäß § 6 Absatz 1 Satz 4 VAbstG zulässigen Überarbeitung wahrt, so prüft es auch, ob es sich um eine formal zulässige Überarbeitung handelt.
2. Aus § 6 Abs. 1 Satz 3 VAbstG folgt, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf, der den Gegenstand einer Volksinitiative gebildet hat, vor Durchführung des Volksbegehrens nur einmal, nicht aber mehrfach geändert werden darf. Dies gilt auch, wenn mit einer weiteren Überarbeitung bloß redaktionelle Änderungen vorgenommen werden.
3. Es spricht viel dafür, dass mit dem Einreichen einer weiteren Überarbeitung ein zwischenzeitlich aufgegebenen Entwurf nicht mehr Gegenstand des Volksbegehrens sein kann, und zwar auch dann nicht, wenn die weitere Überarbeitung aus formalen Gründen unzulässig ist.
4. Aus dem Demokratieprinzip folgt für die Volksgesetzgebung ein Koppelungsverbot für Gegenstände, die materiell nicht in einem sachlich-inhaltlichen Zusammenhang zueinander stehen.
 - a) Ob ein in diesem Sinne sachlich-inhaltlicher Zusammenhang besteht, ist nicht anhand der Intention oder des Zusammenhangs einer entworfenen Regelung zu ermitteln, sondern anhand des materiellen Inhalts der Regelung (vgl. HVerfG, Urte. v. 13.10.2016, HVerfG 2/16, JZ 2017, 360, juris Rn. 190 ff.).
 - b) Ein sachlich-inhaltlicher Zusammenhang in diesem Sinne besteht nicht zwischen Regelungen über Reinigungspersonal und Reinigungsstandards in Krankenhäusern einerseits und Regelungen über die Mindestpflegepersonalbemessung in Krankenhäusern andererseits.
5. Die Länder haben keine Gesetzgebungskompetenz für Regelungen zur Mindestausstattung der Krankenhäuser mit Pflegepersonal.
 - a) Für Regelungen, die die Qualität der Versorgung der Patientinnen und Patienten im Krankenhaus betreffen, hat der Bund die Kompetenz zur Gesetzgebung gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG.
 - b) Von seiner Kompetenz aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG hat der Bund, soweit es Regelungen über die Personalausstattung mit Pflegepersonal in Krankenhäusern anbelangt, in den §§ 135 ff. SGB V – insbesondere in §§ 136a Abs. 2, 137i, 137j SGB V – abschließend und ohne hiermit die Grenzen seiner Gesetzgebungszuständigkeit zu überschreiten Gebrauch gemacht.
 - c) Die abschließenden bundesgesetzlichen Regelungen in den §§ 136a Abs. 2, 137i, 137j SGB V sperren gleichgerichtete landesrechtliche Regelungen auch insoweit, als sie im Krankenhausplanungsrecht vorgesehen sind.
 - d) Aus Öffnungsklauseln im Bundesrecht kann eine Regelungszuständigkeit der Länder für den Bereich der Pflegepersonalausstattung in Krankenhäusern nicht abgeleitet werden. Dies gilt sowohl im Hinblick auf § 136b Abs. 2 Satz 4 SGB V als auch mit Blick auf § 6 Abs. 1a Satz 2 KHG.
6. In Fällen einer teilweisen (Un-) Zulässigkeit eines Volksbegehrens kommt es darauf an, ob die Abspaltung eines Teils des ursprünglich beabsichtigten Volksbegehrens dessen Kern unberührt ließe. Hierfür ist zu klären, welche Bedeutung jeweils dem unzulässigen und dem zulässigen Teil zukommt, in welchem inhaltlichen und systematischen Zusammenhang die verschiedenen Teile stehen und ob der mutmaßliche Abstimmungswille der Wahlberechtigten, die die Volksinitiative unterstützt haben, dafür spricht, dass diese auch nur den verbleibenden Teil der Volksinitiative unterstützt hätten.

II. Sachverzeichnis

	Seite
A	
Aktenordnung	
für Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2018, 2
für Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit	2018, 17
für Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2018, 33
mit ergänzenden Vorschriften	2018, 29 2019, 61
Neufassung der - , Stand: 01.04.2016	S. Internet: Anlage zu H. 4/2016
Anwaltsgerichtshof der FH Hamburg	
Bezeichnung	2019, 46
Geschäftsordnung	2019, 47 2019, 54
E	
Elektronischer Rechtsverkehr	2018, 76
F	
Freistempelmaschinen	2019, 91
G	
Geldwäschegesetz	
Zuständigkeit	2019, 1
Gemeinsame Annahmestelle	2019, 53
Gerichtsvollzieher	
Gerichtsvollzieherkostengesetz	2018, 28
Gerichtsvollzieherordnung	2019, 2
Geschäftsanweisung	2019, 2
Hausrecht	
in Justizgebäuden und Anmietungen	2019, 13
Hinterlegungsgesetz	
Ausführungsvorschriften	2019, 96
K	
Kostenverfügung	
Hamburgische Zusatzbestimmungen	2019, 46
Krankenhausplanungsrecht	2019, 63

	Seite
L	
Landesarbeitsgericht Hamburg Bestimmung der Zahl der Kammern -	2019, 96
M	
Mindestausstattung der Krankenhäusern mit Pflegepersonal	2019, 63
Mindestpflegepersonalbemessung	2019, 63
N	
Notarkammer Neuer Vorstand	2019, 96
O	
Öffentlichkeitsfahndung Nutzung des Internets Änderung-	2018, 29 2019, 13
P	
Pflegepersonal in Krankenhäusern	2019, 63
R	
Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren Änderung	2018, 112
S	
Schriftstücke Annahme	2019, 53
Spätsendungen Annahme	2019, 53
Statistik	
B-Statistik	2018, 28
F-Statistik	2018, 2 2019, 45
FG-Statistik	2019, 102
Personalstatistik	2018, 100
SozG-Statistik	2019, 102
StA-Statistik	2018, 28
VwG-Statistik	2019, 101
ZP-Statistik	2018, 2

	Seite
Stellenausschreibung	
der Justizbehörde	2018, 91 2019, 47 2019, 57
Strafsachen	
Mitteilungen in - / Neufassung	2019, 60
Strafvollzug	
Akteneinsicht	2018, 100
Ausantwortung	2018, 100
Auskunfterteilung	2018, 95 2018, 96
Datenübermittlung	2018, 100
Gefangenen-Personalakten	2018, 95
Gesundheitsakten	2018, 95
Lockerungen	2018, 51 2019, 85
Überstellung	2018, 100
Unterbringung im offenen Vollzug	2018, 65 2019, 99
Verlegung	2018, 100
Vollstreckungsplan	2018, 79 2018, 101
Vollzugsgeschäftsordnung	2019, 15
V	
Volksabstimmung	2019, 63
Volksinitiative	2019, 63
Z	
Zivilsachen	
Mitteilungen in -	2018, 93 2019, 101